

10 Milliarden Euro mehr nötig

## Extrem teurer Ausbau: Warum es bei der Fernwärme heftig klemmt



 Anhören

**Eine neue Studie zeigt, dass die Wärmewende in den Städten noch mal deutlich teurer wird als bislang erwartet. Die Kommunen können die Jahrhundertaufgabe nur mit Unterstützung des Bundes stemmen. Allerdings wachsen die Unsicherheiten über die Finanzierung des Fernwärme-Ausbaus.**



---

Frankfurt am Main. Ohne einen massiven Ausbau der Fernwärme wird es nichts mit dem Klimaschutz. Entsprechend ehrgeizig sind die Ziele und entsprechend hoch die Kosten: 43,5 Milliarden Euro braucht es allein bis 2030. Das geht aus einer aktuellen Studie des Prognos-Instituts hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. Die notwendigen Investitionen haben sich damit innerhalb von rund drei Jahren noch einmal um gut 10 Milliarden Euro erhöht. Eine maßgebliche Ursache dafür liege „in den starken Kostensteigerungen der

letzten Jahre“, schreiben die Prognos-Experten.

Warmes Wasser, das über Rohrleitungen verteilt wird, ist in großen Städten vielfach die einzige Möglichkeit, um große Mietshäuser klimaneutral zu heizen. Dafür müssen Tausende Kilometer neue Rohre in den Straßen verlegt werden. Zudem gilt für Kommunen, sich zu überlegen, wie sie mittels erneuerbarer Quellen Wärme erzeugen können. Derzeit geschieht dies weitgehend noch mit Kohle oder Gas – häufig gekoppelt mit Stromerzeugung (KWK).

## 3000 bis 5000 Euro pro Meter Fernwärmeleitung

Prognos geht davon aus, dass in den nächsten Jahren die sogenannte Tiefengeothermie im großen Stil erschlossen und Großwärmepumpen installiert werden müssen. Letztere können unter anderem Flusswasser nutzen. Das alles kostet enorm viel Geld. Allein für die neuen Rohre kalkuliert der Energiedachverband BDEW mit 3000 Euro – wohlgermerkt pro Meter. Expertinnen und Experten gehen aber davon aus, dass es durchaus auch 5000 Euro werden können.

Der Stadtwerkeverband (VKU) und der Fernwärmeverband (AGFW), die Auftraggeber der Studie, sprechen denn auch von anstehenden „Rekordinvestitionen“. Diese müssten jetzt auch noch durch das verzögerte Inkrafttreten der „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ (BEW) in einem verkürzten Zeitraum getätigt werden, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen. Die BEW ist das zentrale Instrument des Bundes, um Kommunen und deren Stadtwerke bei der Umsetzung der Fernwärmekonzepte finanziell unter die Arme zu greifen. Ohne diese Unterstützung ist ein Großteil der Städte nicht in der Lage, die Jahrhundertaufgabe des Umbaus der Wärmeversorgung zu stemmen.



### Trotz Förderung: Hausbesitzer lassen Wärmepumpen links liegen

Die Staatsbank KfW meldet 34.000 Zusagen für die Förderung klimafreundlicher Heizungen, und zwar in 100 Tagen. Dennoch geht die Branche davon aus, dass es in diesem Jahr massive Einbußen beim Absatz von Wärmepumpen geben wird. Das Ziel der Bundesregierung ist in weite Ferne entrückt.

Jetzt mit Plus-Abo lesen

Werner Lutsch, AGFW-Geschäftsführer, macht denn auch Druck: „Ein passender Förderrahmen ist die zentrale Voraussetzung.“ Die BEW müsse deshalb mit ausreichenden

Finanzmitteln ausgestattet werden. Außerdem müsse die gesetzliche Förderung von KWK-Anlagen verlängert werden. Genau dies wurde schon vor gut einem Jahr auf dem sogenannten Fernwärmegipfel mit Robert Habeck (Grüne, Wirtschaftsminister) und Klara Geywitz (SPD, Bauministerin) vereinbart.

Doch Lutsch und seine Leute sowie der VKU haben Zweifel, ob die Versprechungen noch eingehalten werden. Beide Verbände fordern, dass nach der [Vorlage des 2025er-Etatentwurfs](#) die Bundesregierung nun alsbald auch die „konkrete finanzielle Ausstattung“ der Förderprogramme nachreicht, die über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) laufen – auch die BEW soll darüber abgewickelt werden. Als „äußerst kritisch“ beurteilen die Lobbyisten der Stadtwerke und der Fernwärmeanbieter überdies, dass die Zukunft des Klima- und Transformationsfonds „über 2025 hinaus im Unklaren bleibt“.

Der Fonds ist ein sogenanntes Sondervermögen des Bundes. Seine Mittel stammen insbesondere aus dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Verschmutzungszertifikaten, hinzukommt Geld aus dem Bundeshaushalt. Ende vorigen Jahres hatte das Verfassungsgericht entschieden, [dass das Verschieben von nicht genutzten Corona-Hilfen in Höhe von 60 Milliarden Euro in den KTF verfassungswidrig war](#). Seither stehen Fragezeichen hinter der Zukunft des Fonds.

## 6,2 Milliarden Euro jährlicher Finanzbedarf

Zurück zur Fernwärme: Laut Prognos-Studie braucht es jetzt jährlich insgesamt 6,2 Milliarden Euro, um die 2030er-Ziele noch zu erreichen. Davon sollen 60 Prozent in den Ausbau der Netze und 40 Prozent für die Erweiterung der Erzeugungsanlagen gesteckt werden. Daraus ergibt sich ein jährlicher Förderbedarf durch den Bund von rund 3,4 Milliarden Euro. Das Geld soll nicht nur für Investitionen, sondern auch als Zuschuss für Betriebsausgaben eingesetzt werden, um die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher möglichst niedrig zu halten.

VKU-Geschäftsführer Ingbert Liebing erinnert daran, dass vor Ort die kommunalen Wärmepläne maßgeblich sind, um quasi maßgeschneiderte Konzepte zu entwickeln. „Die bloße Aufstellung der Pläne reicht aber nicht – sie müssen auch umgesetzt werden.“ Dafür forderten viele Stadtwerke nun „verlässliche Rahmenbedingungen“.

Mehr zum Thema

---



[Netzausbau, Kosten, Vor- und Nachteile](#)

**Fernwärme: Kommt das für mich überhaupt infrage?**



[Was steht im Gebäudeenergiegesetz?](#)

**Energetische Sanierung: Nicht nur auf die Heizung kommt es an!**